

DKP-Informationen

Nr. 2/2010 - 1. April 2010

10. Parteivorstandstagung

27./28. März 2010

Essen

Referat(e)

Beschlüsse

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP

Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen

- Eigendruck -

Kostenbeteiligung: 1,50 Euro (zuzügl. 1,50 Euro Porto)

10. Tagung des Parteivorstands der DKP

27./28. März 2010, Essen

Inhalt

- 1. Tagesordnung**
- 2. Aktuelle politische Entwicklungen, Schlussfolgerungen daraus für die Tätigkeit in Vorbereitung des 19. Parteitages**
Leo Mayer, stellvertretender Vorsitzender der DKP
- 3. Einleitender Diskussionsbeitrag zum Antrag „Politikwechsel erkämpfen! – Ein aktionsorientiertes Forderungsprogramm“**
Heinz Stehr, Vorsitzender der DKP
- 4. Zur Entwicklung der SDAJ**
Das Referat von Björn Schmidt, Vorsitzender der SDAJ, liegt uns noch nicht vor, da es noch in seiner schriftlichen Fassung überarbeitet wird.
- 5. Beschlüsse**
 - Kuba
 - Einheitsgewerkschaft
 - Naziaufmärsche verhindern
 - Festival der Jugend
 - Internet-Portal
- 6. Anhang (Anträge an den 19. Parteitag)**
 - Politische Resolution des 19. Parteitages der DKP
 - Politikwechsel erkämpfen!
(ein aktionsorientiertes Forderungsprogramm)

10. Tagung des Parteivorstands der DKP

27./28. März 2010, Essen

Tagesordnung:

1. Begrüßung, Abstimmung über die Regularien
2. Aktuelle politische Entwicklungen, Schlussfolgerungen daraus für die Tätigkeit in Vorbereitung des 19. Parteitages
3. Diskussion und evtl. Beschlussfassung zu zwei Anträgen des Parteivorstandes an den 19. Parteitag
 - a) Entwurf Resolution zum 19. Parteitag
 - b) Rechtsentwicklung stoppen
4. Zur Entwicklung der SDAJ
 - a) Referat des Bundesvorsitzenden
 - b) Diskussion
5. Evtl. weitere Beschlüsse
6. Schlusswort

10. Tagung des Parteivorstands der DKP

27./28. März 2010, Essen

Aktuelle politische Entwicklungen, Schlussfolgerungen daraus für die Tätigkeit in Vorbereitung des 19. Parteitages

Leo Mayer, stellvertretender Vorsitzender der DKP

AKW abschalten - Sofort!

Über 5.000 Menschen haben am zurückliegenden Sonntag, (den 21.3.2010) in Neckarwestheim gegen die von der Bundesregierung geplante Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke demonstriert. Zu der Großkundgebung hatte ein Bündnis aus 35 Verbänden, Initiativen, Stiftungen und Parteien aufgerufen – darunter die Aktionsbündnisse gegen Atomkraftwerke, Bündnis 90/Die Grünen, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland BUND, DGB, DIE LINKE, Naturfreunde und SPD.

Zu der für den 24. April 2010 geplanten 100 km langen Menschenkette zwischen den Atomkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel wird die DKP aktiv beitragen und im Rahmen der Aktivitäten des Bündnisses KettenreAktion eigenständig auftreten.

1 km DKP – das ist die Anforderung des Bündnisses an unsere Partei. 1 km DKP – das ist die Herausforderung an uns – an die gesamte Partei -, diesen einen km attraktiv und lückenlos zu gestalten. In der Diskussion um das Thema wird es wichtig sein deutlich zu machen, dass jeder Glaube an einen ökologischen Kapitalismus Illusion ist, weil das eigentliche und ursächliche Problem der Kapitalismus selbst ist. Es gibt alternative Energien, die jedoch einer alternativen Gesellschaft bedürfen.

Wir zahlen nicht für eure Krise

Unter dem Motto "Wir zahlen nicht für eure Krise - Zwingen wir die Profiteure zur Kasse!" demonstrierten heute vor einer Woche (am Samstag, den 20.03.2010), in Essen 6.500 Menschen gegen das Abwälzen der Krisenlasten auf ihre Schultern. Das Transparent an der Spitze der Demo wurde getragen von:

- Gaby Schmidt (Landesbezirksvorsitzenden von ver.di),
- Wolfgang Zimmermann (Sprecher der Partei DIE LINKE NRW),
- Marion Köster (Vorsitzende der DKP Ruhr-Westfalen),
- Anne Frohnweiler, (Vorsitzende der DKP Rheinland-Westfalen),
- Hüseyin Avgan (Bundesvorsitzender der DIDF) und von
- Holger Vermeer (Sekretär der IG BAU Essen).

Über 100 Organisationen hatten zu der Demonstration aufgerufen.

Erwähnenswert ist der Aufruf zur Essener Demo auch deshalb, weil er die Verbindung zwischen Kapitalismus und Krieg herstellt, wenn es heißt: *"Der Krieg ist ein Mittel der Profiteure, um neue Absatzmärkte zu erobern, Waffen zu verkaufen und um sich begrenzte Ressourcen zu sichern. Wir sind erklärte GegnerInnen des Krieges!"*

Für das Bündnis erklärte Klaus Stein: *„Wir haben es geschafft, einen gesamtgesellschaftlichen Protest auf die Beine zu stellen - wir lassen uns nicht länger spalten in Arbeitende und Erwerbslose, Erwachsene und Jugendliche oder Deutsche und Ausländer. Unser Kampf ist ein gemeinsamer gegen das rücksichtslose Abwälzen der Wirtschaftskrise auf unsere Schultern, ..“*

Am gleichen Tag in Stuttgart: An die 3000 Menschen waren dem Aufruf des DGB Nordwürttemberg und dem Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise“, das insgesamt 36 Gruppen umfasst, gefolgt und demonstrierten unter der Losung „Nicht auf unserem Rücken! Für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit!“

Bundeswehr raus aus Afghanistan

Wenn wir ein paar Wochen weiter zurückgehen, dann waren da

- die örtlichen Aktionen anlässlich der Internationalen Afghanistankonferenz in London,
- die Demonstration anlässlich der „Münchener Sicherheitskonferenz“ unter der Losung „Bundeswehr raus aus Afghanistan - Sofort!“

- die Demonstration in Berlin anlässlich der Abstimmung im Bundestag über die Verlängerung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan und die Aufstockung der Truppen. Gegen den erklärten Willen der Mehrheit der Bevölkerung hat die große Mehrheit des Bundestags der Verlängerung und der Eskalation des Krieges zugestimmt.
Als einzige Fraktion haben die Abgeordneten der Partei DIE LINKE am 26. Februar geschlossen gegen die Aufstockung des Bundestagsmandates für den Afghanistaneinsatz gestimmt. Sie wurden aus dem Parlament verwiesen, als sie der Opfer der am 4. September 2009 bei Kundus getöteten Zivilisten gedachten.

Nazifrei - in Dresden und überall!

- Am 13. Februar wurde erstmals seit 12 Jahren der Naziaufmarsch in Dresden verhindert. Nicht durch den Staat und seine Justiz! Es ist das Verdienst Tausender Antifaschisten, die sich - organisiert vom überparteilichen Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer!“ - zu dem auch die DKP gehörte - den Nazis entgegenstellten und ihren Marsch blockierten.
Die Blockaden waren ein legitimes Mittel, um dem braunen Treiben Einhalt zu gebieten. Die Blockade in Dresden hat Mut und Entschlossenheit gestärkt. Sie war ein Erfolg eines breiten Bündnisses mit klaren und solidarischen Absprachen und einem Konsens zur gewaltfreien Blockade der Nazis. Dies führte zu einer breiten Mobilisierung und einem politischen Klima - zu dem auch die Menschenkette in der Altstadt beitrug -, in dem eine gewaltsame Räumung der Blockaden durch die Polizei politisch nicht vermittelbar gewesen wäre.
Die sächsischen Gerichte und die Dresdener Staatsanwaltschaft hatten sich bis zuletzt hinter den Nazi-Aufmarsch gestellt. Jetzt drohen sie den Teilnehmern der Blockade mit Strafverfahren und Geldbußen. Am Mittwoch teilte die Staatsanwaltschaft Dresden mit, dass erste Zahlungsaufforderungen bereits versandt wurden. Dafür zahlen zu müssen, dass man aktiv Engagement gegen Rechts gezeigt und dazu bis zu zwölf Stunden in der Kälte ausgeharrt hat, ist absurd. Wir sind solidarisch mit den AntifaschistInnen, die jetzt für ihr demokratisches Engagement bestraft werden sollen!

Dies waren nur einige Hinweise auf die zahlreichen Aktionen, die im ersten Quartal dieses Jahres stattgefunden haben und an denen Mitglieder und Organisationsgliederungen der DKP aktiv beteiligt waren und dabei die DKP und ihre Politik sowohl in den Bündnissen wie auch in einer breiteren Öffentlichkeit vertreten haben.

Dazu kommen die Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag sowie eine Reihe von Veranstaltungen, die anlässlich des 90. Jahrestages des Kapp-Putsches bzw. der Volksabstimmung im Saarland gemeinsam von SozialdemokratInnen, GewerkschafterInnen, der Partei DIE LINKE und der DKP durchgeführt worden sind.

Vor uns liegen – neben zahlreichen örtlichen Aktionen - in den nächsten Wochen:

- die Ostermärsche
- das Banken-Tribunal von attac
- die Menschenkette für die Abschaltung der AKW
- der 1. Mai
- der 8. Mai
- das Europäische Sozialforum.

Widersprüche

Zusammenfassend: Die erhöhte Aktionstätigkeit und die Bildung breiterer Bündnisse aus 2009 hat sich in diesem Jahr fortgesetzt.

Aber genau so ist unübersehbar: Es gibt einen großen Widerspruch

- zwischen der Anzahl der Organisationen, die zu den Demos aufrufen, und der Beteiligung an den Demonstrationen. Verglichen mit den 55.000 Menschen, die am 23.3.2009 in Berlin und Frankfurt / Main unter dem gleichen Motto demonstriert hatten, fallen die ca. 9.000 Menschen in Essen und Stuttgart deutlich ab.
- zwischen der Meinung der Mehrheit der Bevölkerung und der Beteiligung an den Aktionen zum Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Die Beteiligung an der Demonstration gegen die Münchener Sicherheitskonferenz hat sich im Vergleich zum Vorjahr halbiert.
- zwischen dem durch die Krise erzeugten Existenzängsten und dem politischen Engagement der Mehrheit der arbeitenden Klasse.

Wir müssen feststellen: Die Mobilisierungsfähigkeit hat innerhalb des vergangenen Jahres stark nachgelassen.

Und das in einer Situation, in der die Krise bereits jetzt die Verarmungstendenzen verstärkt, die Masse der Bevölkerung für die Kosten bezahlt und härteste Verteilungskämpfe bevorstehen.

Zersetzung des neoliberalen Blocks

Eine Regierung, für die bis vor kurzem Haushaltskonsolidierung oberste Priorität hatte, legt jetzt einen Etat mit einer Rekordneuverschuldung von 80 Mrd. Euro vor. Die Kommunen werden finanziell ausgeblutet. Auch in den Sozialkassen türmen sich die Defizite infolge der Krise. Wenn jetzt Griechenland eine Rosskur verordnet wird, um den Staatsbankrott abzuwenden, dann zeigt das nur, was ab 2011 auch in Deutschland bevorsteht. Finanzminister Schäuble hat bereits angekündigt, dass wegen Mastrichter Stabilitätspakt und Schuldenbremse im Grundgesetz ab 2011 mindestens 10 Mrd. Euro pro Jahr eingespart werden müssten. *"Es gibt keine Tabus"*, sagte der FDP- Haushaltsexperte Otto Fricke im Handelsblatt.

In ihrer Politik zur Eindämmung der Krise hat die Regierung kurzfristig neoliberale Glaubenssätze reihenweise über Bord geworfen. Gleichzeitig geht es ihr darum, das «Casino» am Laufen zu halten; aber die Risiken zu begrenzen. Die herrschende Politik ist ohne durchgängiges Konzept bei der Bearbeitung der Krise und für die Zeit danach.

Die Differenzen innerhalb des Regierungslagers sind offensichtlich.

Es besteht Uneinigkeit

- über die Formen des neuen Staatsinterventionismus und des Krisenmanagements,
- über Konjunkturprogramme, Steuern, Zinsen und Schuldenabbau,
- über die Gesundheitspolitik, die Laufzeit der AKW und des Kurzarbeitergeldes,
- die Reregulierung der internationalen Finanz- und Wirtschaftsordnung,
- über den Umgang mit den Euro-Ländern die am Rande der Zahlungsunfähigkeit stehen,
- über die Lastenverteilung zur Eindämmung des Klimawandels,
- über die Schlussfolgerungen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Vorratsdatenspeicherung.

So wird denn auch die Kritik an der Regierung aus den Kapitalverbänden lauter. Mächtige Wirtschaftsbosse verstärken den Druck auf die Bundeskanzlerin und fordern ein Ende des Zögerns. Es herrsche *„Orientierungslosigkeit“*, kritisierte BDI-Präsident Keitel.

Diese *„Orientierungslosigkeit“* ist Folge der tiefgehenden Krise des neoliberalen Kapitalismus, die zu Widersprüchen und Blockierungen innerhalb des herrschenden Blocks führt. Keine seiner Fraktionen ist in der Lage, die anderen Gruppen des Machtblocks unter ihre Führung zu bringen, was zur charakteristischen Zusammenhangslosigkeit der gegenwärtigen Regierungspolitik, zum Fehlen einer klaren und längerfristigen Strategie (das ist ein wesentlicher Unterschied zur Zeit von Agenda 2010), zu sich widersprechenden Maßnahmen und auch zum Mangel an einer *„Gesellschaftsvision“* führt.

All dies sind Formen des Zersetzungsprozesses des neoliberalen Blocks.

Vor diesem Hintergrund stehen auch die ganzen Überlegungen wer mit wem unter welchen Bedingungen koalieren könnte und die Suche nach neuen gesellschaftlichen Koalitionen, um die bürgerliche Hegemonie zu erneuern.

Warum ist es so ruhig im Land?

Diese Widersprüche - Ausdruck einer „Übergangs- oder Großen Krise“, wie wir u.a. in der „Politischen Resolution“ für den 19. Parteitag sagen, d. h. einer Konstellation, in der die Weise der kapitalistischen Akkumulation, die Formen der Machtausübung, die Produktionsweise und damit auch die Lebensweise der arbeitenden Klasse reorganisiert wird - eröffnen Anknüpfungs- und Interventionsmöglichkeiten für alternative politische und gesellschaftliche Konzepte, für linke und kommunistische Politik.

Aber da sind wir wieder bei dem Problem, dass es unnatürlich ruhig im Lande bleibt.

Wir haben realistische Vorschläge für einen fortschrittlichen Weg aus der Krise und für eine andere Ökonomie. Aber wir bewegen damit nicht die Menschen.

Wesentliche Gründe scheinen mir zu sein:

1. Resignation: seit Jahrzehnten wird politisches Handeln mit Sachwangargumenten gerechtfertigt. Alternativen wurden kaum noch zur Sprache gebracht bzw. wurden als weltfremd und unrealistisch abgetan, so dass es als nutzlos erscheint, sich über Alternativen Gedanken zu machen. Proteste und Widerstand blieben weitgehend erfolglos.
2. Es fehlt ein glaubwürdiges alternatives gesellschaftliches Projekt, das die Vorstellungen von einem selbstbestimmten Leben mit einer gesellschaftlichen Alternative zum Kapitalismus verbindet, und es fehlt eine politische Kraft, der zugetraut wird, dieses Projekt zu realisieren.
3. Die Gewerkschaften versuchen die Krise auszusitzen; sie haben eine falsche Einschätzung des Charakters der Krise und demzufolge auch kein Konzept und keine Orientierung für demokratischen und sozialen Weg aus der Krise, der den Weg zu einer gerechteren und solidarischeren Gesellschaft öffnen würde.
4. Wieder zeigt sich ein Paradox: in der Krise gewinnen viele Menschen Sicherheit und Lebensperspektive dadurch, dass sie sich jetzt erst Recht und radikal an dem festklammern, was lange Zeit unbestritten gültig schien. Sie versuchen sich an etwas zu klammern, dem aber längst der Boden entzogen worden ist.
Dass die Welt und das eigene Leben ganz anders sein könnten (z. B. versucht die Kampagne der IG Metall für „Gutes Arbeiten“ und „Gutes Leben“ diese Perspektive wieder zu eröffnen), wird gar nicht mehr in Betracht gezogen.

Hoffnungslos und utopielos unzufrieden

Aber bedeutet diese Ruhe auch Zustimmung zu den Verhältnissen?

Fast jeder zweite Beschäftigte leidet stark unter Hektik, Zeit- und Termindruck am Arbeitsplatz und klagt über massive Erschöpfungszustände; 5,6 Mio. Erwerbstätige „*arbeiten an der Grenze der Leistungsfähigkeit*“. Nur 50% aller Erwerbstätigen gehen davon aus, dass sie ihre Tätigkeit bis zum Rentenalter werden ausüben können. (nach Dieter Sauer, Ende der Maßlosigkeit? Leistungs politik in der Krise).

Im Krisenjahr 2009 ist die Arbeitszufriedenheit rapide gesunken. Nur noch rund 46 Prozent sind mit ihrer Arbeit zufrieden. Im vergangenen Jahr lag diese Zahl noch bei knapp 77 Prozent. (Hochschule für Ökonomie & Management, Stuttgart)

Doch nicht nur die Folgen für Belastungen und Gesundheit sind besorgniserregend, auch die interessenpolitischen Konsequenzen sind es: Neue Unternehmens- und Leistungssteuerung bringen die abhängig Beschäftigten in eine Lage, in der sie, um ihre Arbeitsanforderungen zu erfüllen, selbst, d. h. von sich aus auf ihnen zustehende Rechte verzichten. Sie unterlaufen von ihnen erkämpfte Regeln, wie z. B. Betriebsvereinbarungen, Tarifverträge und Gesetze, weil sie ihre Arbeit anders nicht schaffen oder Angst haben, ansonsten ihre Arbeitsplätze zu verlieren.

Die Gewerkschaften sehen sich gezwungen, tariflichen Öffnungsklauseln zuzustimmen, um wenigstens formal noch am Flächentarif festhalten zu können. In der Praxis bekommen heute zum Beispiel in Hessen nur noch rund die Hälfte der Beschäftigten in theoretisch tarifgebundenen Unternehmen auch tatsächlich das Tarifentgelt.

Verunsichert, überfordert, erschöpft und überschuldet – frei, flexibel und fertig von der Arbeit, das ist die Lebenssituation immer größerer Teile der Bevölkerung. Aber sie sind zu erschöpft, um sich selbst durch kollektives Handeln aus der Krise herauszuarbeiten.

Die jüngsten Ergebnisse in der Langzeituntersuchung der Entwicklung des Massenbewusstseins (Wilhelm Heitmeyer, Deutsche Zustände, Folge 8, edition suhrkamp, 2010) belegen diese Widersprüchlichkeiten und weisen darauf hin, dass Unzufriedenheit nicht politisch artikuliert wird, weil politisches Engagement ohne Erfolgsaussichten und Alternativen als unrealistisch erscheinen.

Während der Wunsch nach Solidarität zunimmt und nur etwas über 9 Prozent der Meinung sind, dass es auf der Welt gerecht zugeht, sind gleichzeitig 61 Prozent der Meinung, dass in „*Deutschland zu viele schwache Gruppen mitversorgt werden müssen*“ und dass in „*Zeiten der Wirtschaftskrise wir es uns nicht leisten können, allen Menschen die gleichen Rechte zu garantieren.*“ (32,8 Prozent)

Noch eine der Widersprüchlichkeiten, weil mir diese wichtig erscheinen für politische Schlussfolgerungen: 73 Prozent sehen die „Ursache der Finanz- und Wirtschaftskrise“ im „kapitalistischen Wirtschaftssystem“; aber gleichzeitig sind fast 53 Prozent der Meinung, Schuld an der Finanz- und Wirtschaftskrise seien „diejenigen, die den Sozialstaat ausnutzen“.

Auf diesen Teil zielen die Dreckschleudern Koch, Westerwelle, Sarrazin und BILD (siehe z.B. BILD vom 17.2.2010) mit ihrer Missbrauchsdebatte, Diffamierungs- und Schmutzkampagne gegen Hartz-IV-Empfänger. Es geht ihnen nicht in erster Linie darum, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts umzudrehen, sondern sie versuchen einen Krieg der Armen untereinander auszulösen und den Boden für rechtspopulistische Rattenfänger zu bereiten.

Die Normalität der Wahlerfolge der FPÖ und BZÖ in Österreich, der jüngste Wahlerfolg von Geert Wilders mit seiner Partei für die Freiheit in den Niederlanden, der Wiederaufstieg der Front National in Frankreich oder der wachsende Einfluss extrem rechter und rassistischer Parteien in Osteuropa belegen diese Gefahr.

Klaus Dörre benennt das Problem so: Es *„existiert gegenwärtig kein politisches Klassenprojekt ‚von unten‘, das die verbreiteten Unsicherheitserfahrungen bündeln könnte, Es mangelt an einem ‚intellektuellen Bezugssystem‘, mittels dessen sich verletztes Gerechtigkeitsempfinden politisch synchronisieren ließe. An der Oberfläche bleibt alles ruhig. Die Beschäftigten scheinen zufrieden. In Wirklichkeit sind sie ausgebrannt und erschöpft.“* („Krise ohne Krisenbewusstsein?“, zitiert nach Frank Deppe, 11.1.2010)

Angst frisst sich in das Leben der Menschen, Angst vor der Zukunft, vor dem eigenen sozialen Abstieg. 92% sagen, dass soziale Abstiege immer häufiger werden. Allerdings schlagen bislang diese Ängste nicht in politischen Protest um. Vorherrschend ist eine *„wutgetränkte Apathie .. Die Menschen sehen zwar die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Veränderung, aber es gibt gleichzeitig eine hoffnungslose Unzufriedenheit. Die Menschen sehen nicht, wie sich etwas ändern kann, und glauben auch nicht daran“* (Wilhelm Heitmeyer in SZ vom 4.12.2009).

Immer mehr Menschen sind hoffnungslos und utopielos unzufrieden

Gewerkschaften in der Krise

Eine Schlüsselrolle in der Frage, ob die Hoffnung auf Veränderung wieder aufgebaut werden kann, spielen die Gewerkschaften und die Betriebsräte.

Den Gewerkschaften bleibt angesichts der sich verschärfenden Krise zunächst nichts anderen übrig, als die Sicherung von Arbeitsplätzen zur vorrangigen Aufgabe zu erklären. Das bestimmt ja auch gegenwärtig die Alltagsaufgaben von Betriebsräten und Gewerkschaften. Aber was heißt das. Arbeitspolitisch geht es fast ausschließlich um Beschäftigungssicherung: Kurzarbeit und diverse Arbeitszeitmodelle zur Abfederung und zum Erhalt von Personalkapazitäten.

Weil die Exportorientierung der Metall- und Elektroindustrie und die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse als alternativlos hingenommen werden, wird der Tarifabschluss der IG Metall von den Beschäftigten auch relativ positiv aufgenommen. Athanasios Kikris, Betriebsrat bei MAN in München: *„Die Mitarbeiter sind sicher sauer. In Gesprächen ist zu hören: «Nur wir, immer nur wir.» .. Durch die Kurzarbeit hat jeder Mitarbeiter sowieso schon 300 Euro pro Monat weniger (und das schon im zweiten Jahr) .. Aber es herrscht auch Erleichterung.“* (SZ, Nr.50/2010)

Aber mit dieser Tarifrunde hat die IG Metall nicht nur Ver.di geschwächt, sondern verstärkt genau die Tendenzen, die ihre Kraft immer mehr unterminiert. Die Arbeitsplätze hängen immer mehr von der Konkurrenzfähigkeit gegenüber anderen Produktionsstandorten ab; die Produktionskosten, d.h. die Löhne müssen bei steigender Produktivität immer weiter sinken; die Erpressbarkeit wird immer größer. Genau dieser Kurs der Kooperation zur Förderung der absoluten Exportorientierung wird mit diesem Tarifabschluss fortgesetzt.

kein Griechenland-, sondern ein Deutschlandproblem

Während die Lohnstückkosten der deutschen Industrie seit der Einführung des Euro um 14 Prozent gesunken sind, blieben sie in Griechenland gleich. In Portugal stiegen sie um 5 Prozent, in Spanien um 28 und in Italien gar um 46 Prozent.

"Wir haben kein Griechenlandproblem, sondern ein Deutschlandproblem", sagt Heiner Flassbeck, Chefökonom bei der UN-Organisation für Handel und Entwicklung (Unctad) in Genf. (www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/0,2828,678880,00.html, 19. Februar 2010)

Sein Vorwurf: Das systematische Lohndumping der in Deutschland produzierenden Unternehmen erlaubt, dass von Deutschland aus die anderen EU-Staaten von einer Exportwalze überrollt werden. Aber Deutschland hat im Verhältnis zu diesen Ländern nicht nur Exportüberschüsse, sondern die süd- und osteuropäischen Länder haben sich v.a. auch bei deutschen Banken verschuldet, um die Importe bezahlen zu können. Jetzt kehrt dieser deutsche Exportüberschuss als Krise der Staatsfinanzen der EU-Nachbarländer in die EU und nach Deutschland zurück.

Die französische Finanzministerin Christine Lagarde fordert denn auch, was die Gewerkschaften zwar manchmal sagen - aber nicht dementsprechend handeln -, dass in Deutschland endlich mehr für die inländische Nachfrage getan werden muss.

Aber sowohl die exportorientierten Unternehmen wie auch die Banken haben ein Interesse daran, dieses Modell aufrecht zu erhalten. Die Banken und die Reichen haben ein Interesse an einer hohen Verschuldung von Staaten, weil so z. B. aus dem griechischen Nationaleinkommen ein steter Strom des Schuldendienstes an die Kreditgeber in den Zentren der Weltfinanzen abgezweigt werden kann.

Die Banken und institutionellen Anleger wetten im Vertrauen darauf, dass der Mehrheit der Bevölkerung Griechenlands die Lasten aufgeschultert werden und dass im äußersten Fall die anderen Regierungen am Ende einen Bankrott Griechenlands verhindern werden.

So „ergibt sich die bittere Pointe, dass Steuerzahler mit viel Geld Banken gerettet haben, die nun auf den Bankrott Griechenlands wetten - mit neuen Kosten für die Steuerzahler.“ (SZ, 3.3.2010)

Betrieb und Bewusstsein

In dieser Situation, geht es darum, Einsichten darüber zu entwickeln, was da gegenwärtig passiert. Den Zusammenhang dieser Krise mit der bisherigen Art und Weise des Wirtschaftens und Arbeitens herauszuarbeiten. Deutlich zu machen, dass ein einfaches „weiter so“ die Lage weiter verschlechtern wird. Und -, dass es Alternativen gibt, die aber durch das eigene Handeln erkämpft werden müssen.

Und da bietet der Betrieb und die konkrete Arbeitssituation – und das ist der entscheidende Unterschied zu anderen gesellschaftlichen Bereichen – zumindest die Möglichkeit, Erfahrungen - auch wenn es gegenwärtig häufig Ohnmachts-Erfahrungen sind - auszutauschen und gemeinsame Schlüsse daraus zu ziehen. Auch wenn die Möglichkeiten dazu angesichts der Arbeits- und Leistungsbedingungen immer mehr eingeschränkt werden, bleibt Arbeit und Betrieb nicht nur zentraler Ort für politische Einsichten, sondern auch zentraler Ansatzpunkt für politische Handlungsperspektiven. Wichtige Akteure für die Entwicklung von Bewusstsein und Organisiertheit sind die Betriebsräte.

Ich gratuliere allen Genossinnen und Genossen, die bereits gewählt wurden und ich hoffe, dass weitere zahlreiche GenossInnen bei den noch anstehenden Wahlen in den nächsten Wochen gewählt werden und so gute Ergebnisse erzielen wie

- Uwe Fritsch, mit den meisten Stimmen gewählt,
 - Bernt Kamin, mit den meisten Stimmen gewählt,
 - Gebhard Hofner, Anne Frohnweiler, Olaf Harms
- um nur einige zu nennen.

Bei diesen Betriebsratswahlen geht es mehr denn je darum, einheitliche Vertretungen der Belegschaften zu stärken.

Es gibt noch keine abschließende Übersicht, aber es zeichnet sich ab, dass die KandidatInnen der DGB-Gewerkschaften ihre Positionen ausbauen konnten. Die IG Metall wird wohl gestärkt aus diesen Wahlen hervorgehen. Exemplarisch der Siemens-Konzern: Die Listen und KandidatInnen der IG Metall waren erfolgreich, ganz gleich ob die Betriebe erst vor einigen Jahren übernommen wurden, ob es sich um ausgegliederte oder traditionelle Bereichen von Siemens handelt. Die AUB ist auf eine Restgröße zusammengestutzt worden.

DKP für gewerkschaftliche Listen

Aufgrund der Haltung des Landesvorstandes der DKP Berlin zur Betriebsratswahl bei Daimler mussten wir als Sekretariat eine Selbstverständlichkeit für die DKP noch einmal bekräftigen: nämlich, dass wir ganz grundsätzlich für Persönlichkeitswahl bei Betriebsratswahlen eintreten. Noch dazu, wenn alle interessierten KollegInnen auf der Gewerkschaftsliste kandidieren könnten und diese demokratisch erstellt wird.

Dann, wenn – in der Regel durch rechte Spalterlisten – eine Persönlichkeitswahl nicht möglich ist, treten wir engagiert und konsequent für die gewerkschaftliche Liste ein. Diese grundsätzliche Position ändert sich auch nicht, wenn Spalterlisten von scheinbar linken Gruppierungen ins Leben gerufen werden.

Die Unterstützung einer konkurrierenden Liste zu den Betriebsratswahlen bei Daimler in Berlin Marienfelde durch den Landesvorsitzenden und Teile des Landesvorstandes der DKP sowie den Berliner Anstoß“, die Zeitung der DKP-Landesorganisation Berlin, verstößt gegen Tradition und beschlossene Politik der DKP. Sie kann zudem von Kräften missbraucht werden, welche die Mitarbeit von KommunistInnen in der Gewerkschaften verhindern wollen.

Als DKP treten wir nicht für eine „*kämpferischen Opposition*“ (Anstoß Jan. 2010, DKP Berlin) in gewerkschaftlich orientierten Betriebsräten ein, sondern wir wirken für Betriebsräte, die einheitlich und gemeinsam gegen die Kapitalmacht antreten.

Wir, das Sekretariat, meinen, dass sich der Parteivorstand zu dieser Problematik positionieren muss. Euch liegt ein diesbezüglicher Antrag vor.

Neue Anforderungen an die Tätigkeit von Betriebsräten

Die neugewählten Betriebsräte stehen nicht nur wegen der Krise vor neuen Herausforderungen. Hatten sie früher die Aufgabe, stellvertretend für die Beschäftigten Regularien auszuhandeln und durchzusetzen, so ist das heute ohne Beteiligung der Beschäftigten immer weniger erfolgversprechend. Die alltäglichen betrieblichen Probleme sind viel stärker vom Konflikt geprägt als früher. Ohne Mobilisierung lassen sich keine vernünftigen Vereinbarungen mehr erreichen. Für die Betriebsräte - und das gilt vor allem für die KommunistInnen und anderen klassenkämpferischen KollegInnen - gilt, ein neues Verhältnis von Mobilisierung und Regulierung in den betrieblichen Auseinandersetzungen zu finden. Regulierung hat dann nicht mehr die vorrangige Funktion, stellvertretend die Probleme der Beschäftigten zu lösen und durch diese Erfolge zur Mobilisierung und Mitgliedergewinnung beizutragen. Regulierungen werden vielmehr Instrumente im Prozess der Mobilisierung und Durchsetzung von Interessen.

Betriebsräte müssen den Beschäftigten politische Anstöße geben; die „Räume“ organisieren, in denen die Beschäftigten selbst ihre Situation reflektieren und Vorschläge für gemeinsames Handeln entwickeln. Denn für die Beschäftigten gilt, sich nicht nur über Unternehmensprozesse miteinander zu verständigen, sondern auch über sich selbst, d. h. über das, was mit ihnen selbst unter diesen Bedingungen geschieht; darüber, wo unter diesen Bedingungen ihre eigenen Interessen liegen. Nur so wird eine Auseinandersetzung mit der eigenen Ohnmacht möglich und können Ansätze für eine breite Mobilisierung und Klassenbewusstsein entstehen.

Wut, Frust - wann kommt das Aufbegehren?

Gegenwärtig ist offen, ob es dem herrschenden Block auf längere Zeit gelingt, Zustimmung zu seinen Formen der Krisenbearbeitung zu erhalten. Wenn jedoch keine sanfte Abfederung der Krisenfolgen für die Arbeiter mehr möglich ist, dann kann sich die angestaute Wut und der angesammelte Frust, die sich bereits jetzt über die Nutznießer und Manager der Krise aufgestaut haben, schnell in die Bereitschaft zu massivem sozialem und politischen Protest umsetzen.

- Wenn bewusst wird, dass der Staat die Banken und die Vermögen der Reichen vor dem Kollaps rettet und sich das Geld dafür von den Banken besorgen musste, die nun über Zinsen und Provisionen kräftig daran profitieren -; während die Massen der Bevölkerung mit ihrem Einkommen, ihren Arbeitsplätzen, ihren sozialen Sicherungssystemen, ihren Lebensperspektiven dafür bezahlen müssen.

- Wenn bewusst wird, dass immer mehr Menschen verarmen, den Kindern und der Jugend die Zukunft geraubt wird, aber die Reichen trotz Krise - oder besser wegen der Krise - immer reicher werden. Allein in Deutschland scheffelten sie im Krisenjahr 2009 200 Milliarden Euro zusätzlich an Geldvermögen. Der Geldberg der Reichen wuchs damit auf die Rekordhöhe von 4,45 Billionen (4450 Milliarden) Euro.

Zur Illustration: Der 200-Milliarden Zuwachs entspricht etwa einem Drittel der gesamten Nettolohnsumme, die an die knapp 36 Millionen lohnabhängig Beschäftigten in einem Jahr ausbezahlt wurde (636 Mrd. Euro).

Man stelle sich den Konjunkturschub vor, wären die 200 Milliarden Euro weggesteuert und damit zusätzliche öffentlichen Güter und Dienstleistungen nachgefragt worden, oder wären die Löhne dementsprechend erhöht worden.

Die Realität: erstmals seit 1949 sanken im Jahr 2009 sogar die Bruttolöhne.

- Wenn bewusst wird,
 - was es bedeutet, dass die Beschäftigten auf Lohn verzichten und VW gleichzeitig die Produktivität jährlich um 10 Prozent steigern will;
 - dass die Beschäftigten Sparpaketen zugestimmt haben und die Autokonzerne jetzt im Geld schwimmen. *„VW, Daimler und BMW haben im vergangenen Jahr die Kassen kräftig aufgefüllt und ihre Liquiditätsreserven auf jetzt insgesamt 50 Mrd. Euro aufgestockt. Die intern verfügbaren Finanzmittel haben gegenüber dem Vorjahr um fast 20 Mrd. Euro zugenommen, so als hätte es die schweren Absatz- und Ergebniseinbrüche nie gegeben.“* (Handelsblatt, 18.03.2010)

Wenn diese Zusammenhänge bewusst werden, dann kann sich die angestaute Wut schnell in die Bereitschaft zu massivem sozialem und politischen Protest umsetzen.

Auf diese möglichen Veränderungen des Protestverhaltens und der Kampfbereitschaft müssen sich die Gewerkschaften und die politische Linke - und damit auch die DKP - einstellen.

Damit Proteste nicht in Verzweiflungsaktionen versanden oder nach rechts gewendet werden können, müssen wir dafür wirken, dass vor allem auch die Gewerkschaften die Auseinandersetzungen politisieren und den Protest organisieren. Jetzt gilt es, in den Betrieben, auf Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen politische Themen, Krisenursachen und Wege aus der Krise zu diskutieren.

Alternativen, die zum Handeln anregen

Und wir sind gefordert realistisch erscheinende Alternativen zu entwickeln.

Diesem Zweck dienen sowohl die „Politische Resolution“ wie auch das „aktionsorientierte Forderungsprogramm“ das wir heute und morgen als Antrag an den 19. Parteitag diskutieren und beschließen wollen.

Die zurückliegenden Monate haben bewiesen, dass staatliche Politik den Krisenverlauf beeinflussen kann. Somit sind mit der direkten staatlichen Intervention die Auseinandersetzung sowohl um

- die Inhalte und Ziele der staatlichen Maßnahmen wie auch
- die Frage der Demokratie - der demokratischen Kontrolle - neu auf die Tagesordnung gesetzt.

Und mit der Kurzarbeit als Mittel zur Verhinderung von Entlassungen ist das Thema Arbeitszeitverkürzung wieder auf dem Tisch.

Da mit der Finanz- und Wirtschaftskrise eine ganze ideologische, politische und ökonomische Konzeption zusammenbricht und das bisherige Wachstumsmodell des globalen Kapitalismus in einer strukturellen Krise ist, können wir nicht nur auf defensive oder „ökonomistische“ Kämpfe orientieren, sondern müssen auf eine neue Ökonomie und Politik jenseits der Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Profitwirtschaft orientieren. Die Forderungen und Kämpfe müssen auf eine grundlegende Wende zu einer anderen - einer umweltverträglichen und an den Menschen orientierten – Wirtschaftspolitik gerichtet werden und mit dem Aufbau gesellschaftlicher Gegenmacht verbunden werden.

Soziale Forderungen müssen mit der Eigentumsfrage, der Machtfrage (Frage der Demokratisierung) und der Frage der Art und Weise der Produktion verbunden werden.

Die Forderungen müssen den Zusammenhang zwischen den verschiedenen Krisen deutlich machen, zwischen Finanz- und sozialer Krise, zwischen ökonomischer und ökologischer Krise, zwischen all diesen Krisen und der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise.

Ein Zusammenhang, der von den Herrschenden immer wieder zerteilt wird, um gesellschaftliche Probleme und Veränderungen zu trennen, die Probleme und sozialen Gruppen zu vereinzeln.

Gelingt diese Zerteilung, dann wird nicht nur der gemeinsame Kampf verhindert, sondern dann können linke Forderungen von den Regierenden überholt, aufgenommen und gewendet integriert werden.

Eine linke Kraft formieren

Zu einer realistisch erscheinende Alternative gehört auch eine politische Kraft, der zugetraut wird, gemeinsam mit ihr die Verhältnisse verändern zu können.

Frankreich hat uns am vergangenen Sonntag gezeigt, dass die Linke dann glaubwürdig und erfolgreich sein kann, wenn sie zusammenarbeitet. Ein „*schöner Sieg der Linken*“, sagte die Generalsekretärin der französischen Kommunisten, Marie-George Buffet, zu dem Wahlergebnis. Die linken Listen erreichten im 2. Wahlgang landesweit 54,3 Prozent und haben die Mehrheit in 21 von 22 Regionalparlamenten im „Mutterland“ und in den zwei „Überseeregionen“ Guadeloupe und Martinique erreicht. Ob es wirklich zu einer anderen Politik kommt, ob sich die PCF und die von ihr initiierte „Linksfront“ mit einer „*kämpferischen linken Politik*“ durchsetzen können, das wird ganz wesentlich von der Entwicklung der außerparlamentarischen Kämpfe abhängen..

Entwicklung der DKP als autonome marxistische Partei und Zusammenarbeit mit andern linken Kräften und Bewegungen -, daran führt kein Weg vorbei, wenn wir auch in Deutschland eine linke Kraft entwickeln wollen, die in der Lage ist gesellschaftlich führend zu werden.

Da ist hoch interessant, was sich im Zusammenhang mit dem neugegründeten „Institut Solidarische Moderne“ entwickelt. Der vorläufige Vorstand setzt sich zusammen aus: Sven Giegold, Katja Kipping, Anke Martiny, Thomas Seibert, Andrea Ypsilanti.

„Die Arbeit des Instituts soll dabei drei Kriterien entsprechen:

- *Anstöße für ein gesellschaftliches Reformprojekt, das mittelfristig trägt ..*
- *Das ISM bietet ein Forum innerhalb dessen es zu „Vertrauensbildung“ zwischen den Akteuren und Protagonisten eines politischen Reformprojektes kommen kann*
- *Ein neues Selbstverständnis, Politikstil und Wissensstil, einer „Mosaiklinken“ (viele Einzelteile zu einem Bild machen) zu entwickeln. ...“*

(aus dem Bericht an die Mitglieder des ISM über die Vorstandssitzung am 28.2.2010)

Die Partei DIE LINKE hat den 1. Entwurf für ein Parteiprogramm veröffentlicht. Mit dem Entwurf erklärt die Partei DIE LINKE: „*DIE LINKE kämpft in einem großen transformatorischen Prozess gesellschaftlicher Umgestaltung für den demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Dieser Prozess wird von vielen kleinen und großen Reformschritten, von Brüchen und Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe gekennzeichnet sein. Eine entscheidende Frage gesellschaftlicher Veränderung ist und bleibt die Eigentumsfrage.*“

Heinz Stehr hat zu dem Programmentwurf in einer ersten Stellungnahme geäußert: „*Damit erklärt sich erstmals seit 1953 – damals schied die KPD aus dem Bundestag aus – eine Bundestagspartei als Partei der Systemveränderung. Dies, die Vergesellschaftungsforderungen, die Forderung nach Streiks als Mittel der Politik, nach Auflösung der NATO und vieles mehr wird lebhaft Debatten auslösen, mit der die Linken mehr Klarheit, und Kraft gewinnen können.*“

DKP auf das Neue einstellen

Zum Schluss einige Bemerkungen zur Entwicklung in der DKP.

Die bisherige Art und Weise der Debatte zu den „Politischen Thesen“ ist häufig destruktiv, geht überhaupt nicht auf die aufgeworfenen Frage ein, wird mit Unterstellungen geführt und vergiftet das Klima in der Partei.

Fragestellungen, die im Parteivorstand behandelt werden müssen - Hat das Sekretariat mit der Erarbeitung der „Politischen Thesen“ seine Kompetenzen überschritten? Ist das Sekretariat überhaupt intellektuell in der Lage gewesen, die Thesen selbst zu erarbeiten? - werden – auch von PV-Mitgliedern - öffentlich ausgetragen.

Der Landesvorstand Berlin erklärt, dass er zum Sekretariat „*kein politisches Vertrauen (mehr) entwickeln (kann)*. ... *Die derzeitigen Führungsgremien gefährden die Existenz der Partei. Wir fordern die vollständige Zurücknahme der politischen Thesen.*“

Kurios wird es dann, wenn Glaubenssätze so inbrünstig verteidigt werden, dass selbst Marx und Engels des unmarxistischen Denkens überführt werden.

Aber es ist wohl so, dass vergleichbar zu der Reaktion, dass viele Menschen in der Krise Sicherheit und Lebensperspektive dadurch gewinnen, dass sie sich jetzt erst Recht und radikal an dem festklamern, was lange Zeit unbestritten gültig schien, in einer theoretischen Debatte aus der scheinbaren Übermacht der Fragen ohne Antworten die Sehnsucht nach fundamentalistischen Antworten ohne Fragen erwächst.

Liebe GenossInnen,
wir müssen aber Fragen und „Infrage“ stellen. Wir haben mit dem Marxismus ein hervorragendes Instrument, das uns die Möglichkeit gibt, die aktuellen Erscheinungen zu verstehen. Aber wir haben diese Möglichkeit nur, wenn wir den Marxismus nicht als starre Ideologie, nicht als Ansammlung von Glaubensartikeln und auch nicht als abgeschlossen erkennen, sondern als kritische Wissenschaft, offen für die kritische Weiterentwicklung, den Dialog und die Auseinandersetzung mit anderen geistigen Strömungen. Das erfordert auch die Bereitschaft „*das eigene Wissen zu mehren*“ (Hans Heinz Holz, Zur Lage der Partei).

Vielleicht hilft es einigen GenossInnen, wenn sie die wichtige Schrift Lenins über das Monopol und den Imperialismus so benennen, wie Lenin selbst seine Schrift betitelt hatte und wie sie auch z.B. 1921 vom Verlag der Kommunistischen Internationale in Hamburg veröffentlicht wurde: „*Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus*“ (Verlag der Kommunistischen Internationale, Hamburg, 1921)

Und das ist etwas anderes als das was ab 1934 bis heute daraus gemacht wurde: „*Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*“ (Verlagsgenossenschaft ausländ. Arbeiter in der UdSSR, Moskau, 1934)

Ich sage das deshalb, weil wir es uns nicht noch einmal erlauben können - wie wir es in den 1990er Jahren getan haben -, im Nachhinein (denn dieser Prozess hatte sich bereits seit Mitte der 70er Jahre mit wachsender Dynamik vollzogen) 10 Jahre zu diskutieren,

- ob es eine „Globalisierung“ gibt,
- ob die Transnationalen Konzerne das strukturbestimmende Kapitalverhältnis des heutigen Kapitalismus darstellen,
- ob sich der Kapitalismus mit einem neuen Akkumulationsmodell und einer neuen Produktionsweise restrukturiert hat (Stichwort neoliberaler Kapitalismus oder globalisierte hochtechnologische Produktionsweise)

oder ob Lenin schon alles abschließend analysiert hat.

Wir treten jetzt wieder in eine Phase der krisenhaften Restrukturierung des Kapitalismus ein. Diese Situation ist mit großen Gefahren, aber auch Möglichkeiten verbunden.

Wir müssen uns auf das Neue einstellen, auf das Neue vorbereiten, um für die Veränderung kämpfen zu können.

Und in neuen Zeiten ist es auch notwendig „*neue Worte für die altbekannten Sachen zu finden*“ (Rosa Luxemburg). Noch mehr gilt das, wenn es nicht nur um neue Worte geht, sondern auch um neue Sachen.

Nutzen wir die „Politische Resolution“ und das „aktionsorientierte Forderungsprogramm“, die wir als Antrag an den Parteitag stellen wie auch die „Politischen Thesen“ für eine solidarische Debatte die zu einer stärkeren, geschlosseneren, attraktiveren und aktiveren DKP führt.

Zum Schluss will ich Euch noch einen Brief vorlesen. Von Sophie. Ich nehme diesen Brief, weil er auf die Problem – objektiver Art, subjektiver Art – aber auch auf die Chancen hinweist und weil ich denke, dass er nicht nur das Problem einer Grundorganisation schildert.

Anfang Oktober 2009 hat sich Sophie über das Nachrichtenportal an die DKP gewandt.

Sie schrieb: „*Ich hatte keinen Kontakt zu euch bekommen, als ich übers Internet hier in der Nähe (xxx) versucht hatte, an eure Partei heran zu kommen*“.

Sechs Wochen später, am 16. November hatte sich immer noch niemand von der zuständigen Kreisorganisation bei ihr gemeldet und sie schreibt an das Nachrichtenportal, dass die DKP anscheinend kein Interesse an neuen Mitgliedern habe.

Am 18. Februar 2010 schreibt sie dann:

„*Ich habe jetzt der ersten Mitgliederversammlung beigewohnt, ..*

Ich möchte dich, so als Möchtegern-Neuling, einfach nur mal fragen, ob man unbedingt Marx gelesen und studiert haben muss, um in der Partei mitmachen zu können. Bisher habe ich den Eindruck gewonnen, ohne geht es gar nicht. Es scheint so was wie eure Bibel zu sein. Was mich jetzt ECHT wieder abschreckt! ..

..

Ich diskutiere jetzt schon jahrelang (seit 2002) mit Menschen im Netz über eine Welt ohne Geld (tauschhandelsfreie Gesellschaft), und ich weiß, dass es SO viele Menschen gibt, die eine Alternative zum Kapitalismus suchen, und die auch tatsächlich gewillt sind, etwas Neues in eurer Richtung auszuprobieren, die aber die totale Panik vor dem Sozialismus haben! ..

Und es gibt ganz sicher nichts besseres als die DKP, wenn man denn unbedingt seine Parteilosigkeit aufgeben .. will.

Mit ganz vielen Grüßen

Sophie“

10. Tagung des Parteivorstands der DKP

27./28. März 2010, Essen

Einleitender Beitrag zur Beschlussfassung zum Antragsentwurf

„Politikwechsel durchsetzen“

Heinz Stehr, Vorsitzender der DKP

Liebe Genossinnen und Genossen,

einige kurze Bemerkungen zur Diskussion des euch vorliegenden Antragsentwurfes an den 19. Parteitag. Dieser Antrag korrespondiert mit der politischen Resolution. Insofern ist vieles, was dort gesagt wurde, hier nicht noch einmal formuliert worden.

Dieser Antrag geht von Festlegungen des Parteiprogramm aus und soll auch als Handlungs- und Arbeitsorientierung für die nächsten zwei Jahre dienen.

- a) Im Programm haben wir die Entwicklung analysiert. Wenn wir heute die Realität sehen, so haben wir leider Recht behalten. Die Haupttendenz ist eine Rechtsentwicklung, nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland.
- b) haben wir dort Alternativen zu diesem neoliberalen Kapitalismus entwickelt und die gesellschaftliche Perspektive Sozialismus benannt, für die wir kämpfen.
- c) Wir haben vor allem auch im Programm die Rolle kommunistischer Politik und Organisation der DKP in dieser Zeit herausgearbeitet.

Seit der Beschlussfassung des Parteiprogramms im Jahre 2006 hat es bekanntlich Weiterentwicklungen gegeben, die gravierend die politischen Verhältnisse nach rechts verschoben haben. Dies sind die unterschiedlichen Krisenerscheinungen des Kapitalismus mit den bekannten weltweiten Folgen, die auch in unserem Land tief greifende Auswirkungen zeigen.

Wir haben es mit Veränderungen im politisch verfassten System dieses Landes zu tun. Teilweise gruppieren sich Parteien und gesellschaftliche Großorganisationen um oder sind noch dabei, politische Inhalte und das politische Selbstverständnis neu unter diesen Bedingungen zu entwickeln.

Für uns ist die Entwicklungen in der SPD von Bedeutung; die Krise sozialdemokratischer Politik und Organisation hat politische und personelle Veränderungen bewirkt. Der Prozess der politischen Umorientierung entwickelt sich. Eine Tendenz ist, sich stärker als Opposition auch in außerparlamentarischen Bewegungen zu verankern.

Ähnliches gilt für die Grünen. Sie versuchen anzuknüpfen an ihre Verankerung in der ökologischen und in der Friedensbewegung.

Die Partei DIE LINKE signalisiert mit ihrem vorgelegten Programmentwurf eine politische Weiterentwicklung, die für linke Formierungen von Kräften interessant ist. So weit bisher bekannt, wird die Eigentumsfrage anders als bisher behandelt. Es wird deutlicher auf eine Perspektive in einem demokratischen Sozialismus gesetzt. Inhalte, antikapitalistisch orientierter Politik aus der außerparlamentarischen Bewegungen werden im Programmentwurf übernommen. Wie weit sich tatsächlich Veränderungen in der politischen Verfasstheit der PDL vollziehen, werden wir wohl auch durch die Ergebnisse des Parteitages am 15./16. Mai in Rostock feststellen können.

Es ist festzustellen, dass im Denken und Handeln politisch interessierter Menschen Veränderungen stattfinden. Diese Prozesse verlaufen widersprüchlich.

Die objektiven Herausforderungen sind längst noch nicht Maßstab von neuen notwendigen Positionierungen und entsprechendem Handeln.

Das gilt insbesondere für die Gewerkschaften. Erschreckend ist, mit welchen Illusionen Teile der IG Metall-Führung Sozialpartnerschafts- und Co-Managementpolitik erneuern wollen. Gleichzeitig setzen

andere Kräfte in der IG Metall auf Widerstand und auf stärkere Verbindungen zur außerparlamentarischen Bewegung.

Wir nehmen auch wahr, dass am rechten Rand die Gefahr wächst und auf einen Teil der Jugend so wirkt, dass neonazistische, rechtsreaktionäre Aktionen und Organisationen Zulauf erhalten.

Was uns, die DKP anbelangt, so stellen wir fest, dass das politische Interesse an unseren Positionen gewachsen ist und weiter wächst. Das ist vor Ort auch messbar, wenn z. B. öffentliche Veranstaltungen, Materialverteilungen und Infostände durchgeführt werden. Aber organisatorisch konnten wir uns nicht stärken. Angesichts der politischen Herausforderungen ist diese Realität eher bedrückend. Das wirft Fragen auf, über die wir offen diskutieren müssen, auch um bestmögliche Lösungen zu finden.

Meine Meinung dazu: Wir sollten nicht kurzschlüssig davon ausgehen, dass wir die inhaltlichen Positionen, wie wir sie im Programm, im Statut, in programmatischen Dokumenten erarbeitet haben, verändern müssten. Die Orientierung zur Bündelung der Kräfte als Voraussetzung zur Veränderung des Kräfteverhältnisses ist aus meiner Sicht alternativlos. Auch zu Fragen der Kampfformen, der Losungen und der Tätigkeit in Betrieben und vor Ort gibt es meines Erachtens keine realistische politische Alternative.

Diese Feststellungen bedeuten nicht, dass wir nicht ständig überprüfen müssen, wo in unserer Politik oder im konkreten Handeln Reserven sind. Wir müssen Erfahrungen analysieren, Schlussfolgerungen daraus ziehen, um besser zu werden. Und wir brauchen in jedem Fall eine demokratische Diskussion, um Ergebnisse zu erarbeiten, die uns helfen.

Die inhaltlichen Forderungen, die in diesem Antragsentwurf an den 19. Parteitag enthalten sind, benötigen zur Durchsetzung massenwirksame Bewegungen, von politisch bewussten Kräften getragen. Im Moment sprechen die Tatsachen gegen die Durchsetzung dieser Forderungen. Bestimmend bleiben aktuell politisch negative Veränderungen, wie sie von dieser Bundesregierung in enger Absprache mit den Unternehmerverbänden beschlossen werden. Die Herausforderung besteht darin, auch durch eine gründlichere Debatte in Vorbereitung und Durchführung des Parteitages, die sicher auch zur Qualifizierung des Antrages führen wird, auch darüber zu diskutieren, ob wir bereits alles beachtet und getan haben, um diese notwendige Forderungen durchsetzungsfähig zu entwickeln.

10. Tagung des Parteivorstands der DKP

27./28. März 2010, Essen

Beschluss

Stoppt die Kampagne gegen die Kubanische Revolution!

Resolution der DKP zur Entschließung des EU-Parlaments gegen Kuba

Der Parteivorstand der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) weist entschieden die politischen und medialen Angriffe zurück, die in den letzten Wochen gegen das sozialistische Kuba gefahren wurden. Insbesondere weist die DKP die Verurteilung Kubas durch das Europäische Parlament zurück und fordert alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik auf, sich an die Seite Kubas zu stellen.

Die anhand des Todes eines Kriminellen in kubanischer Gefängnishaft erhobenen Anschuldigungen entbehren jeder Grundlage. Weder war der betreffende Häftling aus politischen Gründen inhaftiert, noch hat er sich vor seiner Inhaftierung politisch betätigt. Der Hungerstreik, den er erklärte, war allein dadurch motiviert, eine individuelle Besserstellung gegenüber anderen Gefangenen zu erreichen. 85 Tage lang konnten die kubanischen Ärzte sein Überleben sichern, dann konnte auch die Versorgung auf hohem medizinischen Niveau nichts mehr ausrichten.

Offensichtlich war der Gefangene Zapata von falschen Ratgebern zu seinem Hungerstreik animiert und nach seinem Beginn zum Durchhalten angespornt worden. Diejenigen, die ihn berechnend in den Tod getrieben hatten, versuchten anschließend, aus der Investition Kapital zu schlagen und ihn für eine schmutzige Menschenrechtskampagne gegen die kubanische Revolution zu benutzen.

Die Wahrheit ist, dass willkürliche Verhaftung, Folter und staatlicher Mord in Kuba seit dem Sieg der Revolution im Jahre 1959 abgeschafft sind. Jede seriöse Untersuchung kann bestätigen, dass es keine systematische Verletzung der Menschenrechte durch die kubanische Regierung gibt. Im Gegenteil, durch die kubanische Revolution wurden bestimmte individuelle und soziale Menschenrechte verwirklicht, von denen andere Länder Lateinamerikas nur träumen können. Es ist allgemein bekannt, dass Kuba in der Gesundheitsvorsorge, im Erziehungswesen und seiner nachhaltigen Umweltpolitik auch Staaten der sog. Ersten Welt hinter sich lässt. In diesem Moment arbeiten fast 51.000 Kubaner in medizinischen Versorgungs- und Entwicklungshilfeprojekten in aller Welt. Vergeblich sucht man kubanische Truppen, die in sog. Krisenländern einrücken oder unter der Fahne des Antiterrorkampfes die Zivilbevölkerung bombardieren. Es gibt keine kubanische Kriegsindustrie, keine kubanischen Waffengeschäfte und keine kubanische Erpressungspolitik gegen verschuldete Drittstaaten. Kuba praktiziert Menschenrechte und hilft anderen armen Ländern dabei, diese Stück für Stück zu verwirklichen.

Die Wahrheit ist auch, dass es dem Europäischen Parlament nicht um Menschenrechte ging, als es Kuba verurteilte. Die EU ist nicht entschlossen gegen den Putsch in Honduras aufgestanden, sie erklärt sich auch nicht zu den fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen der kolumbianischen Regierung und ihrer Paramilitärs. Die Konservativen, die jetzt den Antrag stellten, Kuba zu verurteilen, pflegten beste Kontakte zu den Militärdiktaturen in Chile, Argentinien und Brasilien. Zu den dort Gefolterten, Verschwundenen und Ermordeten schwiegen sie.

Kuba wird dafür angegriffen, dass es seit fünfzig Jahren einen eigenständigen Weg geht und auch nach dem Ende der Sowjetunion am Aufbau einer souveränen und emanzipatorischen Alternative zum Kapitalismus festhält.

Das Europäische Parlament zeichnete vor einigen Jahren die kubanischen „Damen in Weiß“ für ihre medienwirksamen konterrevolutionären Aktivitäten unter dem Deckmantel des Menschenrechtsaktivismus aus. Mittlerweile ist minutiös belegt, dass die Aktivistinnen dieser Splittergruppe aus den USA bezahlt werden. Geldgeber ist ein in den USA wegen Waffenbesitzes im großen Stil verurteilter Exilkubaner, die Übermittlung erfolgt über die Interessensvertretung der USA in Havanna, welche den sog. Dissidenten auch die Handlungsanweisungen erteilt.

Jeder kann wissen, dass diese sog. Menschenrechtsaktivisten eng mit jenen terroristischen Aktivitäten aus Miami verflochten sind, die seit dem Triumph der kubanischen Revolution fast 3500 Todesopfer auf der Insel gekostet haben. Und doch rückt die EU, und insbesondere die Bundesregierung nicht davon ab, diese Splittergruppen, die über keinerlei Rückhalt in der kubanischen Bevölkerung verfügen, zu unterstützen. In diesen Tagen der weltweiten Medienkampagne gegen Kuba, in denen die „Regimegegner“ auf Geheiß ihrer Herrschaften häufiger ausrücken müssen als gewohnt, tritt die Deutsche

Botschaft in Havanna durch die Entsendung ranghoher Funktionäre zu den Auftritten der „Damen in Weiß“ hervor, offensichtlich in der Absicht, die kubanische Regierung zu provozieren.

Die DKP fordert die Bundesregierung auf, die subversiven Tätigkeiten ihrer diplomatischen Vertretung in Havanna sofort zu beenden!

Es ist überhaupt fraglich, welche Autorität das Europäische Parlament haben sollte, die Menschenrechtspolitik eines Landes wie Kuba zu beurteilen. In den letzten Jahrzehnten sind in der Bundesrepublik, Irland, Spanien und anderen Europäischen Ländern politische Häftlinge bei Hungerstreiks bzw. durch Zwangsernährung umgekommen, ohne dass dies irgendwelche politischen Konsequenzen gehabt hätte. Verschiedene Europäische Regierungen waren und sind in die Folterungen von Gefangenen in geheimen Gefängnissen der US-Geheimdienste verstrickt. Zu den Vorkommnissen in der illegal von den USA besetzten Bucht von Guantanamo, bei denen es sich eindeutig um schwere Menschenrechtsverletzungen auf rechtmäßig kubanischem Territorium handelt, hat sich das EU-Parlament nicht erklären wollen. Illegale Angriffskriege, der Löwenanteil der kapitalistischen Zentren an der Klimakatastrophe, die Verantwortung für eine Finanzkrise, die Armut, Hunger und Tod über Millionen von Menschen vor allem in den Ländern der armen Kontinente bringt; nichts davon bewegt im EU-Parlament Mehrheiten. Ein gewöhnlicher Krimineller in Kuba, der sich zu einem tragischen Selbstmord hat aufstacheln lassen, soll nun Anlass dazu sein?

Die DKP erklärt dazu: **Das EU-Parlament muss sich von den „Damen in Weiß“ und anderen ferngesteuerten „Dissidenten“ distanzieren und die Souveränität und Integrität der Republik Kuba respektieren.**

Wäre die Sorge um Menschenrechte im Zusammenhang mit der kubanischen Revolution begründet, dann müsste sich der Protest in allererster Linie gegen die seit 50 Jahren gegen Kuba durchgeführte US-Blockade richten. Er hätte von der Tatsache zu sprechen, dass in Miami Attentäter, Todesschützen und Flugzeugentführer unbehelligt ihrem Handwerk nachgehen können, allein deshalb, weil das Ziel ihrer mörderischen Aktivitäten der kubanische Sozialismus ist. Protest sollte auch die Gefangenschaft von fünf Kubanern in den USA hervorrufen, die seit über einem Jahrzehnt unter unwürdigen Verhältnissen in Hochsicherheitsgefängnissen sitzen, weil sie bevorstehende Attentate auf Kuba gemeldet haben.

Die DKP fordert alle demokratischen Kräfte auf, sich für ein Ende der Agressionspolitik gegen Kuba einzusetzen.

Alle fortschrittlichen Kräfte sind jetzt gefragt, sich der weltweiten Medienkampagne gegen Kuba entgegenzustellen. Für eine Normalisierung der Beziehungen der EU mit Kuba! Schluss mit der US Blockade!

Die kubanische Revolution verkörpert nicht nur die Hoffnungen der Länder der Dritten Welt auf eine Befreiung vom Imperialismus, sondern auch die Sehnsucht der Unterdrückten in den kapitalistischen Metropolen, ein menschenwürdiges Leben jenseits kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse erkämpfen zu können.

Hände weg vom sozialistischen Kuba!

Freiheit für die „Miami Five“!

Hoch die Internationale Solidarität!

(Einstimmig beschlossen)

10. Tagung des Parteivorstands der DKP

27./28. März 2010, Essen

Beschluss

Verteidigt die Einheitsgewerkschaft – es gibt keine vernünftige Alternative zu ihr

Der Parteivorstand der DKP bekräftigt die Aussagen der Erklärung des Sekretariats in der UZ vom 19. März 2010 „für starke und kämpferische Betriebs- und Personalräte“, die sowohl auf historischen und aktuellen Erfahrungen sowie dem Parteiprogramm beruht.

Das Bekenntnis der DKP und ihrer Mitglieder zur Einheitsgewerkschaft ist Ergebnis der Lehren aus der Geschichte der Weimarer Republik, an deren Ende die Machtübertragung an die Faschisten auch wegen der Spaltung der Gewerkschaftsbewegung nicht verhindert werden konnte. Es ist auch Konsequenz aus politischen Fehlern in der Frühzeit der BRD. Es ist keine Frage politischer Konjunktur und auch nicht davon abhängig, ob andere gegen das Prinzip der Einheitsgewerkschaft verstoßen oder nicht.

Starke und einheitlich handelnde Betriebs- und Personalräte sind eine der Voraussetzungen für die Abwehr der Absichten von Kapital und Kabinett, die Lasten der Krise auf die Arbeitenden, die Rentner und die Jugend abzuwälzen. Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter setzen sich die Mitglieder der DKP für die Stärkung der Listen der Einheitsgewerkschaften und für Persönlichkeitswahlen ein.

Das auch dort, wo in Belegschaften, Vertrauenskörpern und Betriebsräten sozialpartnerschaftliche und standortegoistische Positionen noch dominierend sind. In der Diskussion mit den Kolleginnen und Kollegen, auf Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen führen sie einen konstruktiven Streit zur Durchsetzung klassenkämpferischer Positionen.

Die Unterstützer einer zur IG Metall konkurrierenden Liste zu den Betriebsratswahlen bei Daimler in Berlin Marienfelde durch den Landesvorsitzenden und Teile des Landesvorstandes der DKP Berlin sowie im „Berliner Anstoß“, die Zeitung der DKP-Landesorganisation Berlin, verstößt gegen Tradition und beschlossene Politik der DKP. Sie kann zudem von Kräften mißbraucht werden, welche die Mitarbeit von Kommunistinnen und Kommunisten in der Gewerkschaften verhindern wollen.

Zur Diskussion kontroverser Meinungen haben die Mitglieder der DKP in der Partei und in ihren Medien vielfältige Möglichkeiten. Die Zeitung einer Untergliederung der Partei ist dazu nicht der geeignete Ort. Schon gar nicht ist es zu akzeptieren, daß im Berliner Anstoß „*Ein Genosse der Gruppe Arbeiterpolitik Berlin*“ anonym gegen einen dort namentlich benannten DKP-Genossen und ehrenamtlichen Funktionsträger der IGM polemisieren konnte.

Der Parteivorstand weist die Angriffe im „Berliner Anstoß“ gegen den Genossen Detlef Fendt zurück.

Der Parteivorstand fordert den Landesvorstand der DKP Berlin auf, zu den Grundsätzen kommunistischer Gewerkschaftsarbeit und dem politischen Selbstverständnis der DKP zurückzukehren.

(Mit 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen beschlossen)

10. Tagung des Parteivorstandes der DKP 27./28. März 2010, Essen

Beschluss

Naziaufmärsche verhindern!

Solidarität mit wegen ihres demokratischen Engagements verfolgten Antifaschistinnen und Antifaschisten!

Mit großer Besorgnis sehen wir die zunehmenden Aktionen der rassistischen und populistischen „Neuen Rechten“ wie Pro NRW und neofaschistischer Gruppierungen sowie der NPD. Gewalt von Neofaschisten gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten, Überfälle auf linke Büros und Initiativen nehmen zu.

In dieser Situation setzt der Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) auf den Betrug der Öffentlichkeit. Das Ausmaß und die Schwere neofaschistischer Gewalttaten negierend, behauptete er am 23. März, die Linken hätten – laut der Bilanz für 2009 - die Nazis in Bezug auf Gewaltbereitschaft überholt. Dabei setzt der Bundesinnenminister auf die Gleichsetzung von „rechtem und linkem Extremismus“ und steht damit in der Tradition auch von Antikommunismus und Geschichtsfälschung.

Offenbar will er aber davon ablenken, dass die Bundesregierung bis zum heutigen Tag nichts tut, um entsprechend Grundgesetz Artikel 139 das Verbot der NPD und aller anderen faschistischen Parteien und Organisationen durchzusetzen und diese aufzulösen. Diese werden offenbar in der bestehenden gesellschaftlichen Situation von den Herrschenden gebraucht,

- weil sie gewaltsam gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten vorgehen – unabhängig von deren Partei- oder Organisationszugehörigkeit,
- weil sie Angst und Verunsicherung vertiefen und
- weil sie den Protest kanalisieren und wie die NPD von den etablierten Parteien enttäuschte Wählerinnen und -wähler am rechten Rand zu binden vermögen.

Die DKP wird auch deshalb jetzt das Engagement für den Erfolg der gegenwärtigen nonpd-Kampagne der VVN-BdA verstärken!

Offenbar will der Bundesinnenminister aber auch davon ablenken, dass Polizei und Justiz in zunehmenden Maße gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten vorgehen und sie kriminalisieren – so jüngst in Dresden, Dortmund usw. usf. Zivilcourage gegen Rechts wird als Verstoß gegen das Versammlungsgesetz angesehen, als Landfriedensbruch oder Rädelsführerschaft diffamiert. Den Neofaschisten wird nicht selten von der Polizei der Weg gewaltsam „freigeräumt“.

An diesem Wochenende, am 27. März, wollen „Pro NRW“, freie Kameradschaften und NPD in vielen Orten – vor allem in Lübeck und Duisburg - marschieren. Auch für den 1. Mai – so unter anderem in Berlin und Dortmund – sowie am 8. Mai (u. a. in Wiesbaden) sind Aktionen geplant.

Kaum eine Woche vergeht, ohne dass sich engagierte Menschen gegen Neofaschisten und andere braune „Rattenfänger“ wehren müssen: Durch Gegenkundgebungen und Demonstrationen, durch Blockaden.

Die Mitglieder der DKP sind solidarisch mit den wegen ihres demokratischen Engagements verfolgten Antifaschistinnen und Antifaschisten!

Wir werden uns auch künftig Naziaufmärschen entgegenstellen!

(Einstimmig beschlossen)

10. Tagung des Parteivorstands der DKP

27./28. März 2010, Essen

Beschluss

Die DKP unterstützt die SDAJ in Vorbereitung und Durchführung des Festivals der Jugend, Pfingsten 2010 in Köln

Wir wollen der SDAJ nicht nur hilfreich zur Seite stehen, sondern durch eigene Beiträge die Politik der DKP darstellen und dafür werben.

Die DKP Gruppen sind aufgefordert, der SDAJ vor Ort zu helfen möglichst viele Teilnehmer zu gewinnen - insbesondere aus der Arbeiterjugend -, über das Festival zu informieren und Mitfahrgelegenheiten zu organisieren durch die Verteilung von Werbematerial vor den Großbetrieben, Artikel in Betriebs- und Stadtzeitungen der DKP und der UZ, an Infoständen und bei Veranstaltungen.

Wir wollen einen DKP-Infobereich gestalten, in dem wir unsere Politik mit Materialien, Büchern, kulturellen Beiträgen und vor allem in Gesprächen darstellen. Dazu nutzen wir das „Café K“ vom Bezirk Rheinland-Westfalen, in dem wir auch einen Verpflegungsbeitrag leisten.

Die DKP bietet der SDAJ an, einen kulturellen Beitrag zum Programm des Festivals zu leisten, dafür werden wir die Genossin Esther Bejarano mit der Gruppe Microphon Mafia engagieren. Sie ist bereit auf dem Festival aufzutreten.

Zur Vorbereitung und Durchführung wird eine „Arbeitsgruppe“ aus den Bezirken Ruhr und Rheinland der DKP gemeinsam mit der SDAJ gebildet.

(Mit 2 Gegenstimmen beschlossen)

10. Tagung des Parteivorstands der DKP 27./28. März 2010, Essen

Beschluss

Internet-Portal www.kommunisten.de

Auf seiner Tagung am 23./24.01.2010 hat der Parteivorstand die Fortführung des Internet-Portals www.kommunisten.de beschlossen. Grundlage dafür war u. a. eine detaillierte Auswertung der Erfahrung aus dem EU-Wahlkampf mit dem Portal www.kommunisten.eu.

In Zusammenhang mit der Veröffentlichung der vom Sekretariat erarbeiteten Thesen wurde beschlossen, für eine breite Debatte in der gesamten Partei und zur Vorbereitung einer theoretischen Konferenz in der ersten Jahreshälfte 2011 auch das Nachrichtenportal www.kommunisten.de zu nutzen.

Seitdem hat die Redaktion des Portals umfangreiche Arbeit geleistet. Der Parteivorstand dankt insbesondere dem Genossen Michael Maercks für diese wertvolle Arbeit.

Zur Rolle des Portals in der Diskussion über die Thesen stellt der Parteivorstand klar:

- Das Portal dient der Veröffentlichung von Diskussionsbeiträgen zu den Thesen des Sekretariats.
- Inhaltliche Diskussionsbeiträge können von Einzelnen oder von Parteigliederungen verfasst werden.
- Das Portal wird keine Beschlüsse, die Anträge zu den Thesen darstellen, oder zum Umgang mit den Thesen veröffentlichen, sondern diese an den Parteivorstand weiterleiten.
- Bereits veröffentlichte Beiträge, die keine inhaltlichen Diskussionsbeiträge darstellen, werden aus dem Portal gelöscht.
- Die Redaktion des Portals wird auch zukünftig keine Beiträge veröffentlichen, die Unterstellungen oder Beleidigungen enthalten. In diesen Fällen werden die Einsender informiert. Besteht Dissens zwischen Einsendern und Redaktion, wird das Sekretariat des Parteivorstandes über den Genossen Leo Mayer hinzugezogen.
- Der Parteivorstand wird sich auf einer der nächsten Sitzungen detailliert mit den Erfahrungen des Portals befassen und ggf. über das weitere Vorgehen im Umgang mit den Thesen beschließen. Dazu wird der Genosse Michael Maercks eingeladen werden. Das Sekretariat wird sich zwischenzeitlich damit befassen und dem Parteivorstand berichten.

(Einstimmig beschlossen)
